



## REAG/GARP-Programm 2015

Reintegration and Emigration Programme for Asylum-Seekers in Germany (REAG)  
Government Assisted Repatriation Programme (GARP)

### Projekt „Bundesweite finanzielle Unterstützung freiwilliger Rückkehrer/Innen“

#### Informationsblatt

#### A. Allgemeine Information

Das Rückkehrförder- und Starthilfe-Programm ist ein humanitäres Hilfsprogramm. Es fördert die freiwillige Rückkehr/Weiterwanderung, bietet Starthilfen und dient der Steuerung von Migrationsbewegungen.

Das Programm wird von IOM im Auftrage des Bundesministeriums des Innern und der zuständigen Länderministerien organisiert und in Zusammenarbeit mit den Kommunalbehörden, den Wohlfahrtsverbänden, Fachberatungsstellen, Zentralen Rückkehrberatungsstellen und dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen (UNHCR) durchgeführt.

Das Programm dient der geordneten Vorbereitung und Durchführung der Rückkehr/Weiterwanderung. Voraussetzung ist, dass die notwendigen Mittel weder von den Ausreisenden selbst noch durch unterhaltspflichtige Angehörige oder andere Stellen aufgebracht werden können. Kosten für die Vorbereitung zur Ausreise (z.B. Gebühren für Pässe und Visa, Fahrten zum Flughafen oder zu konsularischen Interviews) sind beim zuständigen Sozialamt oder anderen zuständigen Kostenträgern zu beantragen. Bei Weiterwanderung müssen die entsprechenden gültigen Visa vorliegen.

#### B. Unterstützungen

Es werden folgende Hilfen gewährt:

- Übernahme der Beförderungskosten (mit Flugzeug, Bahn oder Bus)
- Benzinkosten in Höhe von **250,00 €** pro PKW
- Reisebeihilfen in Höhe von **200,00 €** pro Erwachsenen/Jugendlichen, **100,00 €** für Kinder unter 12 Jahren.

Keine Reisebeihilfen erhalten Staatsangehörige europäischer Drittstaaten, d.h. Nicht-EU-Staaten, die nach dem Beginn der jeweiligen Visumfreiheit nach Deutschland eingereist sind. Dies gilt insbesondere für Staatsangehörige der vWEB-Staaten (visafreie Länder des Westlichen Balkan) sowie der Republik Moldau:

- |   |                                   |
|---|-----------------------------------|
| - Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro, Serbien: | visumfrei jeweils seit 19.12.2009 |
| - Bosnien und Herzegowina, Albanien:                                | visumfrei jeweils seit 15.12.2010 |
| - Republik Moldau:  | visumfrei seit 28.04.2014         |

**Keine Reisebeihilfe erhalten Staatsangehörige aus dem Kosovo<sup>1</sup>, die nach dem 31.12.2014 in die Bundesrepublik eingereist sind.**

- Starthilfen

**Starthilfen** in Höhe von **300,00 €** pro Erwachsenen/Jugendlichen und **150,00 €** pro Kind unter 12 Jahren, jedoch maximal 900,00 € pro Familie bei Vorliegen einer unanfechtbaren Entscheidung gemäß § 27a AsylVfG, sog. „Dublin-Fall“ zum Zeitpunkt der REAG/GARP-Antragstellung für Staatsangehörige folgender Länder:

**Ägypten, Algerien, Äthiopien Bangladesch, Côte d'Ivoire, China, Eritrea, Guinea, Ghana, Indien, Jordanien, Libanon, Marokko, Nigeria, Pakistan, Sierra Leone, Somalia, Syrien und Vietnam**

**Starthilfen** in Höhe von **400,00 €** pro Erwachsenen/Jugendlichen und **200,00 €** pro Kind unter 12 Jahren, jedoch maximal 1.200,00 € pro Familie bei Vorliegen einer unanfechtbaren Entscheidung gemäß § 27a AsylVfG, sog. „Dublin-Fall“ zum Zeitpunkt der REAG/GARP-Antragstellung für Staatsangehörige folgender Länder:

**Armenien, Aserbaidshan, Bosnien und Herzegowina (\*\*), Georgien, Iran, Kosovo (außer Angehörige der Minderheiten der Serben und Roma)(\*\*\*), Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien (\*), Montenegro (\*), Russische Föderation, Serbien (\*), Türkei und Ukraine.**

(\*) soweit vor dem 19.12.2009 eingereist / (\*\*) soweit vor dem 15.12.2010 eingereist / (\*\*\*) soweit vor dem 01.01.2015 eingereist

<sup>1</sup> Der Name Kosovo bezieht sich hier und nachfolgend auf Kosovo, Resolution 1244 des UN-Sicherheitsrates.

Keine Starthilfe erhalten Staatsangehörige der folgenden Staaten, wenn sie nach dem Beginn der jeweiligen Visumfreiheit nach Deutschland eingereist sind:

- |   |                                   |
|---|-----------------------------------|
| - Ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien, Montenegro, Serbien: | visumfrei jeweils seit 19.12.2009 |
| - Bosnien und Herzegowina:  | visumfrei seit 15.12.2010         |

**Starthilfen** in Höhe von **750,00 €** pro Erwachsenen/Jugendlichen und **375,00 €** pro Kind unter 12 Jahren, jedoch maximal 2.250,00 € pro Familie bei Vorliegen einer unanfechtbaren Entscheidung gemäß § 27a AsylVfG, sog. „Dublin-Fall“ zum Zeitpunkt der REAG/GARP-Antragstellung für Staatsangehörige folgender Länder:

**Afghanistan, Irak**

**Kosovo (hier nur für Angehörige der Minderheiten der Serben und Roma soweit vor dem 01.01. 2015 eingereist)**

### **C. Antragstellung**

Anträge können nur über eine kommunale- bzw. Landesbehörde (z.B. Sozialamt, Ausländerbehörde), Wohlfahrtsverbände, Fachberatungsstellen, Zentralen Rückkehrberatungsstellen oder über den UNHCR gestellt werden.

### **D. Personenkreis und Voraussetzungen**

Die Rückkehrhilfe und Starthilfe werden folgendem Personenkreis gewährt:

- Leistungsberechtigte nach § 1 Asylbewerberleistungsgesetz
- anerkannte Flüchtlinge
- sonstige Ausländer, denen der Aufenthalt aus völkerrechtlichen, humanitären oder politischen Gründen gewährt worden ist
- Opfer von Zwangsprostitution oder Menschenhandel

Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) werden grundsätzlich keine Rückkehrhilfen und keine Starthilfen gewährt.

Staatsangehörige aus europäischen Drittstaaten, d.h. Nicht-EU-Staaten, denen eine visumfreie Einreise in das Bundesgebiet möglich ist und die nach dem Beginn der jeweiligen Visumfreiheit nach Deutschland eingereist sind, erhalten keine Reisebeihilfe und keine Starthilfe, Reisekosten werden jedoch gewährt.

Kosovarische Staatsangehörige, die nach dem 31.12.2014 in die Bundesrepublik eingereist sind, erhalten keine Reisebeihilfe und keine Starthilfe. Reisekosten werden gewährt.

Opfer von Zwangsprostitution oder Menschenhandel sind von diesen Ausschlussregelungen ausgenommen, hier wird neben den Reisekosten auch die Reisebeihilfe gewährt.

**Bei sog. "Dublin-Verfahren" (Rücküberstellung in einen anderen EU Mitgliedsstaat) besteht kein Anspruch auf REAG/GARP-Leistungen.**

Alle Rückkehrer/Weiterwanderer müssen zum Zeitpunkt der Ausreise mindestens im Besitz einer Grenzübertrittsbescheinigung sowie gültiger Reisedokumente sein. Für die Rückkehr nach Kosovo kann ein EU-Laissez-Passer ausgestellt werden.

Die Antragsteller müssen durch Unterschrift auf dem Antrag bestätigen, dass sie freiwillig ausreisen wollen, auf bei Behörden und Verwaltungsgerichten eingelegte Rechtsbehelfe und Rechtsmittel und gegebenenfalls auf ihre Rechte aus Aufenthaltstiteln verzichten. Anhaltspunkte für eine dauerhafte Wiedereinreise in die Bundesrepublik Deutschland dürfen nicht vorliegen. Ein Rechtsanspruch auf Förderung besteht nicht.

### **E. Einwanderungsvisum für Weiterwanderung**

Ausländer, die weiterwandern wollen, also Aufnahme und ständigen Aufenthalt in einem Drittland anstreben, sollten sich zunächst an eine Auskunfts- und Beratungsstelle für Auswanderer und Auslandstätige wenden, um sich dort über Auswanderungsmöglichkeiten beraten zu lassen (z.B. Raphaels-Werk, Diakonisches Werk, DRK). Verzeichnisse dieser Beratungsstellen können beim

**Bundesverwaltungsamt - Informationsstelle für Auswanderer und Auslandstätige, 50728 Köln**  
([www.bundesverwaltungsamt.de](http://www.bundesverwaltungsamt.de))

angefordert werden. Anträge auf unterstützte Beförderung in Drittländer können von IOM erst bearbeitet werden, wenn ein Einwanderungsvisum vorliegt.

### **F. Weitere Informationen**

Weitere Informationen über das Programm können bei allen Sozial- und Ausländerämtern der Städte und Landkreise, bei den Wohlfahrtsverbänden, Fachberatungsstellen, Zentralen Rückkehrberatungsstellen sowie bei IOM in Nürnberg (in Deutsch oder Englisch) angefordert werden.

### **G. Sonderprogramm für selbstzahlende Migranten (SMAP) (nur Hinflug)**

IOM kann für Personen, die nicht über das Programm gefördert werden können, durch SMAP (Special Migrants Assistance Program) Flugreisen organisieren und günstige Flugtarife anbieten. Das gilt besonders auch für Einwanderer in die USA/Kanada/Australien. Die Flugkosten müssen entweder von den Ausreisenden vor der Ausreise bezahlt werden oder

eine andere Stelle (z.B. Sozialamt, Wohlfahrtsverband etc.) muss eine Kostenübernahmeerklärung abgeben.